



Einer von vielen Aufgriffen im Rekord-Jahr an der Ostgrenze

# Was bei Migranten sichergestellt wird

### 900.000 Euro und rund 2000 Handys von Asylwerbern beschlagnahmt...

Unter Türkis-Blau hatte der damalige FPÖ-Innenminister Kickl im Jahr 2018 das Fremdenrecht verschärft. Vorbild war ein Gesetz aus Dänemark, wonach Asylwerber Geld und Schmuck weggenommen wird, um deren Aufenthalt zu finanzieren. Auch in Deutschland müssen Flüchtlinge einen Teil ihres Vermögens abgeben.

Bei der rot-weiß-roten Novelle sollten beschlagnahmte Beträge in die mit Steuergeld finanzierte Grundversorgung fließen, im Visier aber auch Handys. Der freiheitliche Nationalratsabgeordnete

Hannes Amesbauer wollte nun in einer Parlamentarischen Anfrage wissen, was denn den Migranten seit 2018 alles abgenommen wurde. Die Bilanz des Innenministeriums: Bei 14.294 Fremden waren es exakt 909.813 Euro. Das Geld ging an die zuständige Bundesbetreuungsagentur. Zudem werden bei den Aufgegriffenen pro Jahr rund 400 Mobiltelefone (also bis heuer gesamt rund 2000) sichergestellt und ausgewertet. Dabei geht es um Ermittlungen von Schlepperrouten bzw. Kontakte zu Menschenhändler.

Christoph Budin

# Notstand auch

### Die Gesundheitsmisere erfasst auch unsere Kleinsten. So warnt die Kinderliga vor einem „Blackout“ in Sachen medizinischer Versorgung.

Ein düsteres Bild zeichnet der 13. Lagebericht der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit, kurz Kinderliga. Für unsere Kleinsten, rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung, mangelt es an Therapieplätzen, leistbaren Ärzten und Chancengleichheit. Denn in Österreich wartet ein Kind bis zu vier Monate (siehe auch Grafik unten) auf einen notwendigen Therapieplatz. Gleich-

zeitig mangelt es an leistbaren Kinderärzten, es herrscht ein starker Vormarsch im Privatbereich. Nicht einmal dreihundert Kinderärzte mit Kassenvertrag arbeiten in Österreich – in 15 politischen Bezirken fehlen sie komplett. Aber auch in den Bereichen der Ergotherapie und Logopädie bieten sich verheerende Zustände, dortige Wartezeiten sogar bis zu sieben Monate. „Es ist ein regelrechter



Ein Facharzt für fünftausend Kinder: Im ganzen Land fehlt es an Kassenpraktiken für Kinder und Jugendliche.

# bei Kinderversorgung

### Es braucht jetzt dringend einen Gesamtplan. Wir dürfen nicht mehr länger warten und müssen handeln. Kinder haben wenig Zeit und werden schnell erwachsen.

Dr. Caroline Culen, Geschäftsführerin Kinderliga, zur dramatischen Gesamtsituation in Österreich



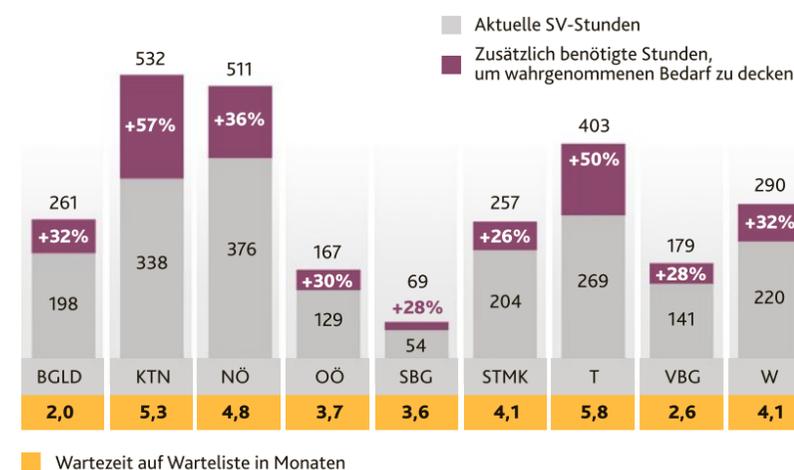
ung und Investitionen in nachhaltige Lösungen. So müsse es die „Psychische Gesundheit auf E-Card geben“, um lange Wartezeiten und hohe Kosten zu vermeiden. Auch an Schulen oder in sozialen Medien müssen psychosoziale Angebote ermöglicht werden, erklärt Hedwig Wölfl von der Kinderliga und betont die Bedeutung von Investitionen in die Kinder- und Jugendgesundheit. Ihr Appell: „Jeder Euro, der in frühe Hilfe investiert wird, lohnt sich um das Sechzehnfache. Denn jedes Kind ohne Anschluss kostet den Staat 2 Millionen Euro.“

Hannah Neudeck

Fleckerlteppich der Versorgung mit regionalen Unterschieden, die eindeutig nicht am Bedarf orientiert sind“, zieht Geschäftsführerin Caroline Culen ein trauriges Fazit und warnt vor schwerwiegenden Folgen: Bereits jedes vierte Kind sei von Ar-

mut bedroht, 25 Prozent leiden unter eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Vorreiter aus Australien oder Kanada machen es vor. Es bräuhete ein eigenes Kinderministerium, mehr Geld für die Versor-

## PSYCHOTHERAPIE: ABSCHÄTZUNG ZUSÄTZLICH BENÖTIGTER STUNDEN



KINDERÄRZTE MIT KASSENVERTRAG PRO 1000 KINDER & JUGENDLICHE

Vorarlberg	0,3
Wien	0,2
Burgenland	0,2
Tirol	0,2
Salzburg	0,2
Kärnten	0,2
Oberösterreich	0,1
Niederösterreich	0,1
Steiermark	0,1

Krone KREATIV



Gefahr durch Spiel-Roboter

## DIGITALISIERUNG Was darf künstliche Intelligenz?

Künstliche Intelligenz (KI) ist derzeit das Thema, vom Kinderspielzeug über Medizin bis zum Aufspüren von Kriminellen. Doch rechtliche Definition dazu gibt es keine. So sind viele Fragen offen. Was ist ethisch vertretbar, und welche Regeln müssen auf nationaler und europäischer Ebene geschaffen werden? In den kommenden Tagen werden die EU-Mitglieder einen ersten Rechtsentwurf verabschieden. Österreich hat sich starkgemacht, dass Hochsicherungsbereiche geschützt werden. Darunter fallen laut Staatssekretär Tursky etwa die Kreditwürdigkeit von Kunden. Auch Versicherungsbeiträge oder Jobbewerbungen sollen nicht der KI überlassen werden.

M. M.

## OBERÖSTERREICH

### Einbrecher starb nach Trafik-Coup

Die Aufregung war wohl zu groß: Seinen buchstäblich letzten Coup verübte ein Rumäne (59) am Donnerstag in einer Trafik in Regau, die er mit einem Unbekannten plünderte. Doch die Freude darüber währte bei dem 59-Jährigen nicht lange. Er brach zusammen und starb.



Foto: Zvefo



Foto: www.picturedesk.com/PASCAL POCHARD-CASABIANCA

## AUCH „DIE KRONE HILFT“

### Nach Sturm drama auf Korsika: Benefiz-Punsch für gelähmten Elitepolizisten

Ein unfassbarer Schicksalsschlag erschütterte im August die Familie eines Cobra-Beamten auf einem Campingplatz auf Korsika: Wie berichtet, war im Zuge heftiger Unwetter ein Baum auf das Zelt der steirischen Urlauber gekracht. Die Nichte (13) des Elitepolizisten starb, Andreas Z. wurde so

schwer verletzt, dass er im Rollstuhl sitzt. Neben den seelischen Schmerzen hat die Familie zudem mit finanziellen Nöten zu kämpfen – das Eigenheim muss Rollstuhl-tauglich umgebaut werden. Neben Spendensammlungen innerhalb der Exekutive gehen heuer die Einnahmen

des Advent-Polizei-Punschstandes in der Wiener Rossauer Kaserne an die Familie. Auch Innenminister Karner und „Goleador“ Hans Krankl gönnten sich jüngst für den guten Zweck einen heißen Schluck (Foto). Auch die „Krone“ hat ein Hilfskonto eingerichtet!

„Die Krone hilft“, AT15 2081 5000 4456 9523, KW Cobra. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar!

## MILAK-CAUSA

### Vorwurf der Folter: „Völlig unzutreffend“

Nach den Folter-Vorwürfen gegen einen Lehrgangseiter der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt (NÖ) haben sich 71 Fähnriche des betroffenen Jahrganges zu Wort gemeldet und sprechen von „völlig unzutreffender“ Kritik. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.